Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 80 (2000)
Heft: 9

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ulrich Pfister

Ein Abstimmungskampf voller Fragezeichen

Ein Urnengang steht uns bevor, der die Eigenart des direktdemokratischen Systems vielfältig demonstriert. Es handelt sich auf eidgenössischer Ebene um drei Volksinitiativen, was zunächst zeigt, wie intensiv die politischen Entscheidungsabläufe durch das Instrumentarium der Volksrechte gegenwärtig in Anspruch genommen werden. In einem Falle hat das Parlament versucht, durch eigene Vorschläge den Initianten entgegenzukommen und gleichzeitig mehrheitsfähige Kompromisse anzubieten. Es hat erreicht, dass die eine der beiden Energieinitiativen zurückgezogen wurde; die andere wurde vom Parlament zwar abgelehnt, im Abstimmungskampf von einer breiten Koalition unterschiedlichster Interessengruppen jedoch mit den beiden Gegenvorschlägen zu einer 3-mal-Ja-Parole gebündelt, was die Gegnerschaft mit einer nicht minder holzschnittartigen 3-mal-Nein-Kampagne beantwortete. Die zweite Abstimmung betrifft die hochsensible Ausländerthematik; einmal mehr wird mit einer Initiative vorgegaukelt, die unbestreitbaren Probleme der Integration und Assimilation von Ausländern mit einer starren Begrenzung in den Griff zu bekommen. Schliesslich werden in einer dritten Abstimmung die Volksrechte selbst thematisiert: Als ob der Möglichkeiten nicht genug wären, wird mit der Idee eines «konstruktiven Referendums» ein Verfahren vorgeschlagen, das vom Parlament verabschiedete Gesetze im Sinne von Minderheitsanträgen korrigieren könnte.

Zumindest bei den beiden ersten Fragestellungen wird der Souverän materiell gewichtige Entscheide fällen. Die dritte mag als wenig aussichtsreiche Spielerei empfunden werden, für die auf beiden Seiten kaum Mittel für eine Kampagne eingesetzt werden. Damit ist die erste der Fragen angesprochen, die der kommende Urnengang unabhängig von der weitgefächerten Thematik aufwirft. Auf dem Kampfplatz der Energie, auf dem es zwar auch um ökologische Motive, vor allem aber um einige Hundert Millionen Franken Subventionen pro Jahr geht, wird auf beiden Seiten mit grossem Einsatz angetreten; gegen die heterogene Koalition von Nutzniessern ziehen zumindest die Dachorganisationen der Wirtschaft mit einer millionenschweren Kampagne gegen neue Steuern ins Feld. Vergleichsweise bescheiden nimmt sich dagegen das Budget derselben Organisationen zur Bekämpfung der Ausländerinitiative aus, obwohl diese vermutlich mehr wirtschaftlichen Schaden anrichten und die positive Stellungnahme zu den bilateralen Verträgen relativieren könnte.

Initianten können mit Versprechungen operieren und Auswirkungen herunterspielen. Wie verführerisch tönt es, dass die Ausländerzahl ein für allemal begrenzt, ja reduziert, der Wirtschaft daraus aber keinerlei Schaden entstehen und die mit der Europäischen Union ausgehandelte schrittweise und kontrollierte Freizügigkeit keineswegs ausgehöhlt werden soll. Die Auswirkungen von starren Eingriffen in die komplizierten Mechanismen eines ohnehin schon dynamisch sich entwickelnden Arbeitsmarktes sind schwierig zu prognostizieren und noch schwieriger zu erklären. Worauf soll sich ein rationales Urteil in einem von Schlagworten und Emotionen gesättigten Umfeld gründen? Überfremdungsinitiativen, das hat sich schon in den siebziger Jahren gezeigt, sind emotionale Auseinandersetzungen, die wenig gemein haben mit den staatsbürgerlichen Idealvorstellungen von direkter Demokratie.

Darum passt die dritte Vorlage, die sich anheischig macht, direktdemokratische Idealvorstellungen bis zur Neige auszukosten, denkbar schlecht auf dieses Kampffeld. Das Volk soll bei Referendumsabstimmungen über Gegenvorschläge bzw. Minderheitsanträge entscheiden, die im Parlament unterlegen sind. Es soll beispielsweise staatliche Leistungen anordnen, deren Finanzierung jedoch ausklammern können. Negative Rückwirkungen auf das Parlament sind absehbar. Aber es stellt sich auch ohne diese Perspektive – und gerade mit Blick auf diesen Abstimmungstag – die Frage, ob wir uns nicht Illusionen machen über die Funktionsweise der direkten Demokratie. Müssten wir nicht erkennen, dass zwischen Ideal und Wirklichkeit tiefe Gräben klaffen, dass Initiativen nicht blosse Wunschzettel sein können, die ohne Rücksicht auf Auswirkungen und Kosten präsentiert werden dürfen. Je munterer dieses Spiel betrieben wird, desto härter reagieren die Gegenkräfte und desto brutaler verlaufen die Abstimmungskämpfe. Der anstehende Urnengang liefert dafür ein illustratives Beispiel und wird jedenfalls nicht als Fest der direkten Demokratie in die Annalen eingehen. ✦

Konrad Hummler

Schädlicher Steuerwettbewerb?

Die sogenannte Steuerreform in der Bundesrepublik vermag nicht darüber hinweg zu täuschen, dass Europa im globalen Vergleich alles andere als ein Steuerparadies ist. Die meisten Steuergesetze haben geradezu konfiskatorischen Charakter, d.h. sie zehren an der Substanz der Wirtschaftskraft und des Wachstumspotentials. Nun soll diese öffentliche Unvernunft durch Harmonisierung auf europäischer Ebene verfestigt und gegenüber einem Wettbewerb von vernünftigen Reformprozessen immunisiert werden.

Im derzeit in Europa vorherrschenden Klima konfiskatorischer Steuergesetze schickt sich die Europäische Union an, gegen *«schädlichen Steuerwettbewerb»* und für *«Harmonisierung»* vorzugehen. Die Staats- und Regierungschefs haben am Gipfel im portugiesischen Feira beschlossen, innerhalb von 10 Jahren zu einem System der Zinsbesteuerung an der Quelle überzugehen und mittels Informationsaustausch zwischen den Behörden der einzelnen Länder die Steuerpflicht der Bürger auch zu erzwingen. Das System trete allerdings nur in Kraft, wenn auch die wesentlichsten Drittländer – gemeint ist damit in erster Linie die Schweiz – zu demselben System übergehen würden, da sonst der zusätzlichen Kapitalflucht Tür und Tor geöffnet wären. Brüssel hat nun den Auftrag, mit den Drittländern Verhandlungen aufzunehmen.

Man könnte mit Achselzucken zur Tagesordnung übergehen, denn der Plan von Feira ist in verschiedener Hinsicht wenig realistisch. *Erstens* ist er innerhalb der EU alles andere als unumstritten. Kürzlich bezeichnete ihn die *«Frankfurter Allgemeine Zeitung»* als *«Monstrum der Unvernunft»* mit *«absurden Zügen»*, das *«als Muster für schlechtes Regieren in die Schulbücher eingehen wird»* – eine scharfe Verurteilung in einer Zeitung, welche für vornehm zurückhaltende Formulierungen bekannt ist. *Zweitens* ist die Wahrscheinlichkeit, dass mit den Drittländern und namentlich mit der Schweiz eine einvernehmliche Lösung gefunden werden kann, höchst gering. Der Universalitätsanspruch Brüssels wird auf Gotthardgranit stossen, denn jeder wirtschaftspolitisch informierte Schweizer weiss, dass es mit der Infragestellung des Bankgeheimnisses an die Substanz geht. *Drittens* besteht aber innerhalb der EU bei einigen Mitgliedsländern hinter vorgehaltener Hand überhaupt kein Interesse, dass das Regime überhaupt in Kraft tritt. Luxemburg und Österreich sind direkt am Scheitern interessiert, London wegen der Kanalinseln, Frankreich wegen Monaco. *Viertens* muss man sich im klaren sein, dass die Besteuerung von «Zinsen», wenn tatsächlich nur diese gemeint sind, die moderne Finanzwelt höchstens ein Lächeln kostet. Das Universum von Finanzinstrumenten hat sich längst weiterentwickelt. Die Zeiten des abschneidbaren und damit von einer Besteuerung leicht erfassbaren Coupons sind längst vorbei.

Dennoch ist Achselzucken nicht angebracht. Denn die Mentalität, die sich hinter dem Plan von Feira verbirgt, lässt aufhorchen. Beginnen wir mit der Terminologie. *«Schädlicher Steuerwettbewerb»:* Länder, die Kapital und gegebenenfalls auch Zuwanderer anziehen, weil sie in bestimmten Bereichen deutlich günstigere Steuersätze anwenden oder auf einzelne Steuern gar verzichten, üben eine solche *«Harmful Tax Competition»* aus. Laut OECD gehe es bei deren Bekämpfung darum, dass *«die Steuerlast gerecht verteilt werde»*. Kein Wort darüber, dass erst mit allzu hohen Steuerbürden überhaupt die grossen Diskrepanzen zwischen verschiedenen Ländern entstehen können. Kein Wort darüber, dass es, wenn schon, allem voran ein schädliches Niveau für Steuern gibt! Schädlich ist nach EU- und OECD-Terminologie, wer der Konfiskation entgeht bzw. wer den Entgangenen eine Oase zur Verfügung stellt, und nicht, wer die Konfiskation organisiert.

«Harmonisierung», Ausgleich, faire Verteilung der Steuerlast: die euphemistische Umkehrung der Elimination des «schädlichen Steuerwettbewerbs». *George Orwell* lässt grüssen. Mit dem Bekenntnis zur Harmonisierung verrät die EU das Subsidiaritätsprinzip in drastischer Weise. Subsidiarität würde bedeuten, dass man es den verschiedenen Körperschaften freistellt, sich anders und besser zu organisieren als andere, sofern sie in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, und man würde es begrüssen, wenn sie ihre Ausgaben besser im Griff hätten als andere. «Harmonisierung» zerschlägt alle Anreize in dieser Richtung.

In einem harmonisierten Europa sind die Sparsamen die Dummen.

Man wird das ungute Gefühl nicht los, mit der Brüsseler Verwaltung schiebe sich, ganz analog zur Geschichte Europas der letzten tausend Jahre, ein neuer Stand, ein neues Geflecht über den Kontinent, um die alten, teilweise ausgedienten nationalen Stände zu ersetzen. Und das Hauptziel sei, wie könnte es in Europa anders sein, einmal mehr *wealth extraction,* die Beschneidung von Wohlstand aus dem Motiv des Neides und aufgrund des Wahns zur Gleichmacherei.

In einem harmonisierten Europa sind die Sparsamen die Dummen.

Systematische Schlagseite der Demokratie

Mit dem Bemühen, erst einmal die Steuerlöcher zu stopfen, wird das Pferd offensichtlich am Schwanz aufgezäumt. Nach legalistischem Gesichtspunkt stört es natürlich, dass sich Steuerpflichtige dem Arm des Gesetzes zu entziehen versuchen, indem mit einem Teil der erarbeiteten Mittel Orte *«schädlichen Steuerwettbewerbs»* aufgesucht werden. Und es wird darauf hingewiesen, dass sich eine moderne Steuerpflicht durch die demokratische Legitimation in grundsätzlicher Weise von früheren Konfiskationsmechanismen unterscheide. Es stehe ja den Steuersubjekten frei, als Bürger aktiv zu werden und gegebenenfalls die Regierungen, welche die hohen Steuern auferlegt haben, abzuwählen.

Auf den ersten Blick trifft die Argumentation zu. Bei näherem Hinsehen zeigt sich aber Folgendes: Zunächst kommt es für den einzelnen Steuerzahler überhaupt nicht darauf an, von wem eine Steuer auferlegt ist. An der Tatsache, dass sie gegebenenfalls zu hoch ist und ihm jeglichen Anreiz zu Arbeit und Wohlstandsvermehrung nimmt, ändert die demokratische Legitimation nichts. Darüber hinaus verrät die Argumentation aber auch einen Mangel an Kenntnis über die Funktionsweise der Demokratie. Bereits vor bald 40 Jahren wies der nachmalige Nobelpreisträger *James Buchanan* zusammen mit *Gordon Tullock* (in: «The Calculus of Consent», University of Michigan Press, 1962) auf systematische Asymmetrien im demokratischen Entscheidungsprozess hin. In der Zwischenzeit hat eine reiche Literatur über *Public Choice* den Nachweis der These vertieft, dass der Nutzen für spezielle Interessengruppen, irgendein (letztlich immer finanzielles) Ziel im demokratischen Entscheidungsprozess zu erreichen, bei weitem höher ist als der (letztlich immer finanzielle) Schaden, den eine grössere Allgemeinheit dadurch zu tragen hat.

Beispiel: Man nehme an, die Gruppe der Bauern in der Schweiz (zur Zeit noch etwa 3 bis 4 Prozent der aktiven Bevölkerung) wünsche sich eine neue Art von Subventionierung für den Unterhalt von Wanderwegen, die durch ihr Weideland führen. Die jährliche Subvention betrage 100 Millionen Schweizer Franken. Ergäbe pro erwerbstätigen Bauer durchschnittlich 800 zusätzliche Franken pro Jahr für eine Tätigkeit, die bis anhin ohnehin schon ausgeführt worden war. Um zu dieser Subvention zu gelangen, lohnt es sich durchaus, die Mühen und Kosten des politischen Taktierens und Lobbyierens auf sich zu nehmen. Kapitalisiert ist die Subvention pro Empfänger nämlich etwa 16000 Franken wert. Es lohnt sich also, einen Bauernverband zu betreiben, National- und Ständeräte im Parlament zu halten usw. Für die Gegenseite, die Schweizer Steuerzahler, kostet die Angelegenheit nur etwa 18 Franken pro Jahr, oder in ihrem kapitalisierten Gesamtwert knapp 400 Franken. Die Koalitions- und Lobbykosten, um gegen die Subvention anzutreten, sind zu hoch. Zumal es auch politisch unattraktiv und nach einschlägiger Terminologie sogar «unkorrekt» wäre, gegen so etwas Gutes und Schönes wie Wanderwege zu opponieren.

Die Tendenz zu Staatsquotenwachstum erweist sich aus diesem Grunde als systemimmanentes Merkmal der Demokratie.

Die Tendenz zu Staatsquotenwachstum erweist sich aus diesem Grunde als systemimmanentes Merkmal der Demokratie – was überhaupt nicht gegen die Demokratie als solche spricht –, andere Staatsformen haben weit gewichtigere Nachteile. Es hat sich aber auf der ganzen Welt als schwierig erwiesen, dem Wachstum der Staatsausgaben Grenzen zu setzen. Verfassungsmässige Schranken oder auch Kriterien, wie sie im Maastrichter Vertrag vorgesehen sind, sind als höchstens temporär wirksam, denn immer wieder kommt eine Situation, die es als unausweichlich erscheinen lässt, den guten Vorsatz zu durchbrechen. Es müssen ja nicht nur harmlose Wanderwege sein. Meistens waren es irgendwelche sogenannten nationalen Notstände, welche die grössten Staatsquotenschübe ausgelöst haben.

Die heutige Medienkultur verstärkt die Tendenz zur übermässigen Berücksichtigung von Partikular-

interessen in der Demokratie, denn die Medien sind auf spannende Themen und Stories angewiesen. Ob Wanderwege, Opfer des Lothar-Sturmes, Aids-gefährdete Randständige: Aus solchen anschaulichen und emotional wirksamen Themen lässt sich für die Medien mehr herausholen als aus der Vielzahl der finanziellen Opfer relativ langweiliger produktiver Steuerzahler des Mittelstands.

Mit anderen Worten: Das Demokratie-Argument in bezug auf die Beurteilung von *«schädlichem Steuerwettbewerb»* und die Tätigkeit von Steueroasen ist nicht stichhaltig, weil in einer entscheidenden Frage, nämlich beim Eingriff ins Privateigentum, die Demokratie systematisch die Direktinteressierten vor der Mehrheit der Betroffenen bevorzugt. Die Möglichkeit, mit Kapital abzuwandern, war, ist und bleibt das Korrelat zu übermässiger Besteuerung und Staatsquote. Und sehr wahrscheinlich ist der *«schädliche Steuerwettbewerb»* und die Möglichkeit zur Kapitalflucht letztlich sogar das einzig wirksame Mittel zur Eindämmung des übermässigen Staatswachstums. So gesehen hätten Steueroasen (insoweit sie sich kurzsichtiger- und unvorsichtigerweise nicht auch noch als Oasen für wirklich schmutzige Gelder verstehen...) auf dem europäischen Kontinent eine eminent wichtige Kontrollfunktion. Das mag zwar politisch ziemlich unkorrekt tönen, was aber nicht heisst, dass es nicht stimmt. Es gibt nichts Polemischeres als die Wahrheit. ✦

Die Möglichkeit, mit Kapital abzuwandern, war, ist und bleibt das Korrelat zu übermässiger Besteuerung und Staatsquote.

Konrad Hummler, geboren 1953, studierte an der Universität Zürich Jurisprudenz und in Rochester (N.Y.) Ökonomie. Er ist seit 1991 Teilhaber von Wegelin & Co., Privatbankiers, St. Gallen. Autor verschiedener polit-ökonomischer Studien, zuletzt: Megafusion im Lichte finanztheoretischer Überlegungen, in: Siegwart/Neugebauer, Mega-Fusionen, Paul Haupt Verlag, Bern 1998.

Wer übernimmt Patenschaftsabonnemente?

Immer wieder erreichen uns Anfragen von Lesern oder Einrichtungen (zum Beispiel Bibliotheken) für ein Gratis- oder Austauschabonnement. Es ist uns nicht möglich, alle diese Wünsche zu erfüllen. Deshalb sind wir auf Ihre Mithilfe angewiesen. Unser Vorschlag: Übernehmen Sie ein Patenschaftsabonnement der Schweizer Monatshefte für Fr. 100.– (Ausland Fr. 121.–). Rufen Sie uns bitte an. Wir nennen Ihnen gerne Interessenten. Sie können uns auch einfach die diesem Heft beigefügte Geschenk-Abo-Karte mit oder ohne Nennung eines Begünstigten zusenden. Vielen Dank!

Unsere Adresse: Schweizer Monatshefte, Administration, Vogelsangstrasse 52, 8006 Zürich
Telefon 01/361 26 06, Telefax 01/363 70 05
E-mail: schweizermonatshefte@swissonline.ch

Robert Nef

Wenn die Vernunft schläft...

Offener Markt – auch für Aberglauben, Esoterik und Irrtümer

Die Kritik des Aberglaubens ist eine der wichtigsten Aufgaben der Intellektuellen. Nur: Wenn es doch so einfach wäre, den Aberglauben vom Glauben zu unterscheiden. Jeder Glaube ist schon als Aberglaube bezeichnet worden, und was die einen als Glauben verehren ist für andere nichts als ein Trugbild. Dies gilt nicht nur bei religiösen Überzeugungen, es gibt ja auch den Glauben an die Vernunft, an den Fortschritt und an den gegenwärtigen Stand des schulwissenschaftlichen Irrtums.

Gibt es überhaupt so etwas wie eine kollektive Vernunft? Was hat man nicht alles schon für «vernünftig» gehalten! ... *Friedrich August von Hayek* hat seinem berühmten Salzburger Vortrag zum Thema «Die Irrtümer des Konstruktivismus» (Tübingen 1975) als Motto den Satz von *Goya* vorangestellt: *«El sueño de la razon produce monstruos.» Sueño* heisst «Schlaf» und «Traum». Demnach kann man die Inschrift auf verschiedenste Arten übersetzen und deuten: Wenn die Vernunft schläft, treten Ungeheuer hervor. Oder: Der Traum der Vernunft gebiert Ungeheuer usw. Lob des Rationalismus, oder Kritik des Rationalismus? Dialektik der Aufklärung, Dialektik als Aufklärung? Dialektik von Vernunft und vermeintlicher Vernunft, Unvernunft und vermeintlicher Unvernunft?

Wenn man alle Menschen, die sich je mit Esoterik und sogenannten «Grenzwissenschaften» befasst haben, aus dem Repertoire der valablen Gesprächspartner streichen wollte, wäre viel Prominenz dabei: *Shakespeare, Goethe, Mozart, Dürer, Rembrandt, Klee,* auch *Bach,* der Ton- und Zahlenmystiker, sowie die vielen gebildeten Juden, welche ihre Rationalität an der Schriftauslegung (auch der esoterischen, kabbalistischen!) geschult haben und oft den Schritt vom Eingeweihten zum Skeptiker und Zyniker vollzogen, vom Mythos zum Logos, aber auch: durch den Mythos zum Logos, – und wieder zurück. Kabbala ist eine Art Relativitätstheorie des Sinns, eine Auseinandersetzung zwischen Sinn, Hintersinn und Unsinn. Mystik ist eine oft notwendige Parodie auf das Denken, Romantik die Antwort auf eine dogmatische Klassik, und die Übergänge zu dem, was *Theodor Adorno* in seinen «Thesen gegen den Okkultismus» als *«Metaphysik der dummen Kerle»* geisselte, sind fliessend.

Markt als Gegengift

Als kritischer Rationalist, vertraue ich – vermischt mit etwas Misstrauen –, der Vernunft, aber ich akzeptiere, dass auch sie nicht unfehlbar ist, und dass es ausserhalb, oberhalb, unterhalb und innerhalb der Vernunft vieles gibt, das wir einfach nicht wissen, von dem wir möglicherweise nur eine Ahnung oder eben keine Ahnung haben. In diesem ganzen «Ausserhalb» steckt sowohl Böses als auch Gutes, und die Selektion ist nicht so einfach, weil das alles nämlich nicht «angeschrieben» ist, auch nicht mit «links» und «rechts». Wichtig ist in diesem Zusammenhang nur die Vermeidung von grossen und zentralisierten Strukturen, welche von vermeintlichen Besserwissern errichtet werden. Die nonzentralistische Idee des Marktes – auch der Eitelkeiten, der Mythen, der Verrücktheiten, der Irrtümer usw. – enthält für mich das Gegengift zum kollektiven zentralistischen, zerstörerischen amtlich beglaubigten Megairrtum. Ein Chaos von lauter dezentralen kleinen Irrtümern und Zufällen, die konkurrierend aufeinander losgelassen werden, ist eben viel ungefährlicher als eine scheinbar nach dem Wahren, Schönen und Guten ausgerichteten zentral verwaltete Ordnung von echten oder vermeintlichen Gutmenschen.

Linksintellektueller Monopolanspruch auf «Vernunft»

Besteht heute überhaupt eine «zentralistische Bedrohung»? Ist der nonzentrale Markt nicht allgegenwärtig? Man soll den Teufel nicht an die Wand malen, aber es gibt in den wohlfahrts- und kulturstaatlichen Bürokratien Europas einen zunehmenden Hang zur *political correctness,* der auf einem Monopolanspruch beruht, zu wissen, was «vernünftig» ist, und zwar im kulturellen, im sozialen und im politischen Bereich. Der diskrete Charme der Demokratie besteht aber gerade darin, dass es Regierungswechsel geben kann, beispielsweise zwischen «links» und «rechts». Wenn nun aber von der sogenannten «Europäischen Wertegemeinschaft» der Wechsel von «Mitte links» zu «Mitte rechts», wie er in Österreich stattgefunden

hat, als Katastrophe empfunden wird, die sogar eine Isolierung rechtfertigt, so hat diese Wertegemeinschaft den Boden des demokratischen Pluralismus verlassen. Am robustesten sind politische Systeme, die föderalistisch, d.h. pluralistisch und heterogen sind und die auch im Kleinen unterschiedliche Experimente und wechselnde Koalitionen zulassen. Eine Katastrophe wäre es, wenn der friedliche Wechsel aufgrund neuer Mehrheiten und Koalitionen unter den jeweils vorherrschenden Populisten nicht mehr möglich sein sollte, weil eine Zentralmacht zugunsten einer bestimmten Gruppierung interveniert.

Es gibt heute auch eine Faschismuskritik, welche die politischen, kollektivistischen und totalitären Komponenten des Nationalsozialismus in den Hintergrund rückt, und die Hauptwurzel des Übels im Bereich des bürgerlich-christlichen Antisemitismus und der esoterischen, «faschistoiden» Heilslehren sucht. Dies eröffnet eine Fülle von Perspektiven und von «ideengeschichtlichen Linien», die mehr oder weniger direkt zu *Hitlers* Massenverbrechen geführt hätten, und die nach dem Motto «Wehret den Anfängen» einen politischen Zensurbedarf auslösen. *Adolf Hitler* war nicht nur ich- und machtbesessen, er stand auch immer wieder unter dem Einfluss solcher Irrlehren. Er ist aber nicht in erster Linie darum zum

Francisco Goya, «Der Traum der Vernunft gebiert Ungeheuer».

Massenverbrecher geworden, weil er abstruse Dinge gelesen und verbreitet hat, sondern weil ihm eine rationale Organisation namens National- und Zentralstaat die Macht zum effizient organisierten Verbrechen im Dienst der *«Banalität des Bösen»* im grossen Stil ermöglichte. Die damalige Kommunikationstechnologie und der damals vorherrschende Stand des allgemeinen sozialwissenschaftlichen Irrtums («man» war im wissenschaftlichen und intellektuellen Establishment hüben und drüben dem antidemokratischen, antiliberalen und etatistisch-kollektivistischen Machbarkeitswahn verfallen) begünstigte den totalitären Zentralismus und den Führerkult.

Problematische These der «Wegbereiter»

Dieser National- und Zentralstaat ist ursprünglich ein Produkt der Vernunft gewesen, erfunden von den Jakobinern, die so gut wussten, was «gut» und was «böse» ist, was Glaube und was Aberglaube ist, dass sie die Andersdenkenden mit der Guillotine köpften. Auschwitz und der Gulag, als systematische Vernichtung der Volks- und Klassenfeinde, der Feinde dessen was man als *«guter Citoyen»* bezeichnet, hatte seine Wurzel in der verhängnisvollen, durchaus rational nachvollziehbaren Gleichheitsidee *Rousseaus* und der Jakobiner. Man hat *Hitlers* Antisemitismus auch auf seinen Hang zu esoterischen Lehren zurückführen wollen, und damit diesen ganzen Bereich ins Umfeld des «faschistoid» Bürgerlichen gerückt. Ist der gefährliche Aberglaube, die *«Metaphysik der dummen Kerle»*, die eigentliche Wurzel der Massenverbrechen? Oder ist der nationalsozialistische Rassenwahn einfach eine «logische Fortentwicklung» des während Jahrhunderten schwelenden, weit verbreiteten Antisemitismus? Sind etwa *Luther, Theodor Fontane, Jacob Burckhardt* und *C. G. Jung* aufgrund ihrer judenfeindlichen Bemerkungen gar Vorläufer oder Wegbereiter *Hitlers?* Weder der auch im Bürgertum des 19. Und 20. Jahrhunderts latent und manifest vorhandene Antisemitismus, noch der – keineswegs nur deutsche – Hang zu mehr oder weniger abstrusen esoterischen Heils- und Geheimlehren hat direkt zu den Massenverbrechen der beiden Totalitarismen des 20. Jahrhunderts geführt.

War auch der Sozialismus eine Ersatzreligion, eine verführerische Heilslehre? Fairerweise sollte man auch die ganze sozialistische Ideologie nicht direkt mit den stalinistischen Massenmorden in Verbindung bringen. Interessanterweise ist man heute im allgemeinen aber sehr tolerant gegenüber Menschen, die sich – unter Berufung auf die Vernunft – für den Kommunismus begeistert haben, und zwar durchaus im Bewusstsein, dass man eben die Klassenfeinde umbringen musste, weil die ja – aus dieser Sicht –

viel gefährlicher und verwerflicher waren als etwa die unschuldigen Opfer des Hitlerschen Rassismus. Gewiss sind aber alle Opfer des Totalitarismus, des roten und des braunen Terrorismus, grösstenteils unschuldige Menschen gewesen. Sowohl die zahlenmässige Rechnerei («auf welcher Seite sind mehr Menschen umgekommen?») als auch das Gegenüberstellen von «guten» und «schlechten» Motiven, sind zynisch. Wer heute aber solches äussert und schreibt, läuft auf dem Hintergrund des «Historikerstreits» bereits Gefahr, als «Verharmloser des Holocaust» diffamiert zu werden.

Man darf die antisemitische Äusserungen nicht verharmlosen und man sollte auch die Gefährlichkeit von Aberglauben, Sektierertum und Esoterik nicht herunterspielen. Die blinde Bewunderung für irgendeine charismatische Figur, eine Guru-Persönlichkeit, die eine Heilslehre verkündet, ist immer riskant, aber die Verurteilung von Persönlichkeiten durch ein unfehlbares «Gericht der Vernunft», welche Gelehrte, Künstler und Politiker nicht wegen ihrer Taten, sondern wegen ihrer Neigungen, ihrer privaten Ausrutscher, ihrer Phantasien und Träume verdammt, ist ebenfalls problematisch. Während in Paris die Guillotine sauste, verehrte man in der Nôtre Dame die «Göttin Vernunft», – fragt sich nur wessen und welche Vernunft... Weder die bereits Genannten, noch *Machiavelli, Rousseau, Richard Wagner* und *Nietzsche* können für das verantwortlich gemacht werden, was selektive Rezipienten und schreckliche Vereinfacher aus ihrem Werk abgeleitet haben und zur Rechtfertigung ihrer Verbrechen missbrauchten.

Warnung vor einer Arroganz der Wertegemeinschaft

Das Strafrecht sollte Leib und Leben, Eigentum und Ehre schützen, allenfalls auch die öffentliche Ordnung (klar und eng definiert), aber nicht die «öffentliche Moral» und die «politische Korrektheit» der Weltanschauung, der Lektüre und der Meinungsäusserung, auch nicht wenn diese offensichtlich subjektiv, dumm und irrtümlich ist. Bald brennen sonst die Scheiterhaufen mit «esoterisch entarteter» Literatur, bald ruft man nach einem EU-Imprimatur für politisch korrekte Texte, abgesegnet von einer europäischen Anti-Rassismus- und Anti-Esoterik-Kommission, der «Hüterin der Europäischen Wertegemeinschaft». Werden demnächst auch alle EU-skeptischen Äusserungen als «nationalistisch» und «rassistisch» und «rechtsextrem» oder tendenziell «faschistoid» diffamiert?

Immerhin gibt es Werte, die unbedingt geschützt werden müssen. Überall, wo im Namen einer Idee gemordet und getötet und gefoltert wird, ist höchste Alarmstufe angezeigt. Schon die Erlaubtheit von «Gewalt gegen Sachen» diskreditiert für mich eine «Bewegung», aber ich weiss, Gewalt wird eben stets als Gegengewalt legitimiert, beidseits der Schützengräben. Die Frage, ob bereits die Verbreitung gewaltträchtiger Theorien oder ob erst die Tatsache der praktischen Umsetzung kriminell wird, ist schwer zu beantworten. Im liberalen Rechtsstaat gilt grundsätzlich die Vermutung zugunsten der Freiheit der Meinungsäusserung. Gewaltprävention durch Präventivgewalt, und sei es auch «nur» der Zwang eines Boykotts, ist eine gefährliche Gratwanderung. Hätte man die Nazi-Verbrechen durch ein Publikationsverbot von «Mein Kampf» oder durch eine Redeverbot für *Hitler* im Keim ersticken können? Oder ist dieses Buch von vernünftigen Leuten zu Unrecht ignoriert bzw. nicht gelesen oder nicht rechtzeitig ernst genommen worden? Hätte ein Publikationsverbot für *Karl Marx* den Gulag verhindert? Auch die Frage, wann, wo und wie tatsächliche Gewalttätigkeiten einen internationalen Interventionsbedarf auslösen, ist sehr schwer zu beantworten. Der Grundsatz «Wehret den Anfängen» ist bereits innenpolitisch heikel, als Maxime der Sicherheits- und Aussenpolitik untergräbt er die internationale Friedensordnung, weil man auch durchaus vernünftige Äusserungen als «Anfang der Unvernunft» deuten kann, und nicht alles Unvernünftige, Dumme und Falsche gleich auch schon den Anfang der Gewalttätigkeit markiert. Vernunft kann eben von niemandem gepachtet werden, sie ist auch nicht immer auf den ersten Blick und unfehlbar von der Unvernunft zu unterscheiden. Sie bildet und bewährt sich als Wert in einem endlosen Austausch- und Bewährungsprozess, der nach dem Prinzip offener Märkte funktionieren muss.

Die nonzentralistische Idee des Marktes – auch der Eitelkeiten, der Mythen, der Verrücktheiten, der Irrtümer usw. – enthält das Gegengift zum kollektiven zentralistischen, zerstörerischen amtlich beglaubigten Megairrtum.

Kurz – und trotz allem: Es lebe die freie Meinungsäusserung (auch im Bereich des Aberglaubens, des religiösen, politischen und kulturellen Sektierer- und Aussenseitertums), es lebe die freie Kritik an frei geäusserten Meinungen, es lebe die freie Kritik an der Kritik an der Kritik usw. ..., – aber bitte nicht von Staates wegen, nicht bildungs- und kulturpolitisch untermauert und gefördert, und erst recht nicht unter dem Druck politischer Sanktionen. ✦